



Stadt Backnang Sitzungsvorlage

N r . 113/14/GR

Federführendes Amt	Haupt- und Personalamt		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	24.07.2014	öffentlich

Verwendung von iPads für die Gemeinderatsarbeit

Beschlussvorschlag:

1. Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Gemeinderatsarbeit wird der Einsatz von iPads eingeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Haushaltsrechtliche Deckung	HHSt.:		
Haushaltsansatz:		EUR	EUR
Haushaltsrest:		EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR	EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR	EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR	EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR	EUR

Amtsleiter:	Sichtvermerke:					
14.07.14	I	II	10	20	60	61
Datum/Unterschrift	Kurzzeichen Datum					

Begründung:

Ende 2012 haben die Fraktionen Bürgerforum und Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Einführung von iPads für die Gemeinderatsarbeit zu prüfen. Die Verwaltung hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2013 vorgeschlagen, den Einsatz entsprechender Geräte dem neu gewählten Gemeinderat vorzuschlagen.

Die Arbeit der Gemeinderäte wird bereits seit 2005 mit dem Ratsinformationssystem Session unterstützt, allerdings bisher nur auf der Basis der Nutzung mit PCs. Um den Einsatz von Tablets zu ermöglichen wurde als Ergänzung mit Mandatos iPad App erstmalig eine iPad-Anwendung für die Bedürfnisse von Gremienmitgliedern entwickelt.

Die Verwaltung hat die Software Session um Mandatos erweitert und den Einsatz im Haupt- und Personalamt getestet. Seit Anfang 2014 sind auch die Amtsleiter mit iPads ausgestattet.

Als technische Voraussetzung werden die Sitzungsräume mit WLAN ausgestattet.

Mit dem Einsatz von iPads sind folgende Ziele verbunden:

Nachhaltige Ressourcen-Einsparungen, frühzeitigere Verfügbarkeit der Sitzungsunterlagen Zugriff auf das Ratsinformationssystem und somit auf Sitzungsvorlagen und Protokolle zurückliegender Sitzungen, Zugriff auf weitere Informationen über das Internet, Vereinfachung von Verfahrensabläufen in der Verwaltung.

Sowohl die Sitzungseinladungen, als auch alle Sitzungsvorlagen sollen an die Stadträte nur noch elektronisch versandt werden. Ein Parallelversand von Papier ist bei den Stadträten, die sich für die neue Technik entschieden haben ausgeschlossen.